

10570/AB
Bundesministerium vom 27.06.2022 zu 10844/J (XXVII. GP)
bma.gv.at
Arbeit

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

martin.kocher@bma.gv.at
+43 1 711 00-0
Taborstraße 1-3, 1020 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.312.191

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)10844/J-NR/2022

Wien, am 27. Juni 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Max Lercher, Genossinnen und Genossen haben am 27.04.2022 unter der **Nr. 10844/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Arbeitsdruck bei der Post** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 4:

- Möchten Sie die Arbeitsbedingungen bei staatsnahen Unternehmen im Allgemeinen verbessern?
 - Wenn ja, wie?
 - Wenn nein, warum nicht?
- Möchten Sie die Arbeitsbedingungen bei der Post im Konkreten verbessern?
 - Wenn ja, wie?
 - Wenn nein, warum nicht?

Verantwortlich für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und Einhaltung der Arbeitsschutzvorschriften sind die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Seitens der Arbeitsinspektorate wird – wie bei anderen Unternehmen – die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen stichprobenartig überprüft.

Zur Frage 2

- *Warum wurde das Arbeitsinspektorat von Ihrem Ministerium (durch das Streichen von wichtigen Ressourcen) geschwächt?*

Die Arbeitsinspektion wurde weder geschwächt noch wurden wichtige Ressourcen gestrichen, im Gegenteil werden im Fall von Pensionierungen vollständig Nachbesetzungen vorgenommen.

Die Altersstruktur der Bediensteten in den Arbeitsinspektoraten liegt über jener der Bediensteten im restlichen Bund. Die demografische Situation führt daher insbesondere auch in diesem Bereich zu steigenden natürlichen Abgängen.

Aufgrund der besonderen Anforderungen des Arbeitsinspektdienstes (erforderliche technische Ausbildung in ganz spezifischen Fachrichtungen) sowie der Arbeitsmarktsituation, insbesondere im Bereich technischer Fachkräfte, stellt die Nachbesetzung freiwerdender Planstellen mitunter eine Herausforderung dar und erfordert verstärkte Anstrengungen im Bereich des Recruitings.

In aller Deutlichkeit wird festgehalten, dass es keinerlei Einsparungsvorgaben bei der Nachbesetzung von Planstellen im Bereich der Arbeitsinspektorate gibt. Vielmehr gibt es den Auftrag, die Nachbesetzung und Rekrutierung von Arbeitsinspektorinnen und Arbeitsinspektoren vordringlich zu behandeln.

Seit meinem Amtsantritt im Februar 2021 wurden rund 30 Arbeitsinspektorinnen und Arbeitsinspektoren rekrutiert. Rund 20 Ausschreibungs- und Personalauswahlverfahren sind für das restliche Jahr 2022 noch geplant.

Zu den Fragen 3 und 5 bis 13

- *Die höchsten durchschnittlichen Vorstandsbezüge bezahlen seit Jahren die Post (ca. 2.535.700 Euro), die Abbaumangementgesellschaft des Bundes (ca. 2.078.700 Euro) und der Verbund (ca. 890.200 Euro). Alle drei Unternehmen gelten als staatsnah und sind börsennotiert. Wie rechtfertigen Sie diese hohen Bezüge im Vergleich zu den restlichen Löhnen und Gehältern in diesen Betrieben?*
- *Warum wurden die Verbundzusteller*innen der Post bis jetzt noch nicht in die „Schwerarbeit-Berufsliste“ aufgenommen?*
- *Haben Sie vor, die Verbundzusteller*innen der Post in die „Schwerarbeit- Berufsliste aufzunehmen?*
 - *Wenn ja, wann wird dies erfolgen?*
 - *Wenn nein, warum nicht?*
- *Aufgrund des steigenden Paketvolumens ist davon auszugehen, dass mehr Personal benötigt wird. Welche zusätzlichen Mittel stellen Sie hierfür bereit?*

- Wie wollen Sie sicherstellen, dass neue Mitarbeiter*innen bei der Post AG verbleiben und nicht nach kurzer Zeit das Unternehmen wieder verlassen? Die Fluktuation bei der Post AG ist signifikant hoch.
- Hat die Post zusätzlich auch noch Verträge mit selbstständig tätigen Paketzusteller*innen, bzw. Zusteller*innen welche auf Werkvertragsbasis für die Post arbeiten? Haben Sie vor, diese Praxis der Umgehung von arbeitsrechtlichen Schutzberechten und dergleichen zu beenden und diese Mitarbeiter*innen in das Unternehmen einzugliedern?
 - Wenn ja, wann und wie?
 - Wenn nein, warum nicht?
- Eine weitere Form der Ausgliederung ist die Umwandlung von Postfilialen in sogenannte Postpartner. Die Post spart so Personal und Miete. Allerdings geht so auch eine Vielzahl an Arbeitsplätzen verloren. Haben Sie vor, diesem Vorgehen in Zukunft entgegenzuwirken?
 - Wenn ja, wie?
 - Wenn nein, warum nicht?
- Die Gewinne der Post steigen seit Jahren. Aufgrund dessen wäre es wohl wirtschaftlich sinnvoll, die staatlichen Anteile der ÖBAG an der Post zu erhöhen. Gibt es hierzu bereits Überlegungen?
 - Wenn ja, welche?
 - Wenn nein, warum nicht?
- 2018 wurde festgehalten, dass weitere Privatisierungen von Anteilen der ÖBAG an der Post „aktuell nicht angestrebt“ werden. Gilt das immer noch?
 - Wenn ja, wo ist dies schriftlich festgehalten?
 - Wenn nein, wann und aus welchen Gründen sollen Anteile veräußert werden?
- Was gedenken Sie zu unternehmen, um die Post aufgrund ihrer vielseitigen und risikoreichen Auslandsgeschäfte in Zeiten der Krise (Corona- Pandemie, Ukraine-Krise, Rekord- Inflation etc.) aufzufangen? Vor allem in der Türkei dürfte sich dies als Problem herausstellen. Wird die österreichische Post hier voraussichtlich mit Geldern einspringen müssen?
 - Wenn ja, handelt es sich hierbei um Gelder des österreichischen Staatshaushaltes und in welcher Höhe werden sie sich belaufen?

Ich ersuche um Verständnis, dass diese Fragen nicht in meinen Zuständigkeitsbereich fallen und somit nicht von mir beantwortet werden können.

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

